

# grüne welle

das magazin für grüne politik in schleswig-holstein



**Miteinander der Generationen gestalten** *landesverband | Seite 4*

**Bürgerliches Trauerspiel, nicht griechische Tragödie** *landtag | Seite 5*

**Realistische Chance für Elektroautos** *bundestag | Seite 9*





### Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

es könnte derzeit nicht besser laufen für uns. Zufrieden blicken wir zurück auf eine sensationelle Menschenkette, einen erfolgreichen Parteitag, und freuen uns mit den NRWlerInnen über ihren tollen Wahlerfolg.

120.000 Menschen sind am 24.4. dieses Jahres zur Menschenkette gekommen und wir Grünen hatten an diesem Erfolg einen großen Anteil. Darauf können wir wirklich stolz sein. Allein aus Schleswig-Holstein haben wir 20 Grüne Busse mit über 1000 Menschen zur Kette geschickt. Zeitgleich mit uns haben tausende AtomkraftgegnerInnen in Ahaus und Biblis demonstriert und ein deutliches Signal gesendet: Die Menschen in Deutschland wollen keine Laufzeitverlängerungen!

Unser Parteitag in Husum Anfang Mai hatte vor allem eine Botschaft: Wir Grünen schaffen den Spagat zwischen visionärem Denken und konkreten Vorschlägen, um Gerechtigkeit Grün zu gestalten. Intensiv haben wir uns mit den Themen Bildung, Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit auseinandergesetzt. Zudem ging es um unsere Haltung zum Nordstaat und viele wichtige umwelt- und klimapolitische Themen. Insgesamt ein sehr erfolgreicher Parteitag, bei dem ich es immer wieder schön fand, die Debattenfreude dieser Partei zu erleben!

Mit so viel guter Laune lässt sich auch der Murks, den die schwarz-gelbe Landesregierung derzeit abliefern, sehr viel besser aushalten. Das aktuelle Schulgesetz ist nur ein Beispiel dafür, dass wir eine Retro-Regierung haben. Ein Aufbruch in ein modernes, erfolgreiches und gerechtes Schleswig-Holstein sieht anders aus: Mit unserem Parteitag haben wir gezeigt, wie es geht.

**Eure Marlene Löhr**

## Neue Landesarbeitsgemeinschaft Medien- und Netzpolitik

*Von Marlene Löhr*

Das Thema Netzpolitik wird in unserer zunehmend digitalen Gesellschaft immer wichtiger. Ob bei Facebook, über Google oder während des Telefonierens mit dem Handy – täglich kommen wir mit Bereichen der Netzpolitik in Berührung. Im Landesverband gibt es jetzt eine Arbeitsgemeinschaft, die zu dem Thema regelmäßig tagen und diskutieren wird.

Wir werden uns zum Beispiel fragen, wie ein modernes Datenschutzgesetz aussehen muss, wie das Urheberrecht an die digitale Entwicklung angepasst werden muss und wie Bürgerrechte im Internet besser geschützt werden können. Sei dabei und diskutiere mit!

▶ Mehr Infos: [www.sh.gruene.de](http://www.sh.gruene.de)

## Neue Diskussionsform auf dem Landesparteitag

*Von Eka von Kalben*

Auf unserem sehr erfolgreichen Parteitag in Husum haben wir eine neue Diskussionsform eingeführt: Am Samstagnachmittag haben wir zwei parallele Foren angeboten, die sehr gut besucht wurden.

Ein Forum beschäftigte sich mit dem deutschen Einsatz in Afghanistan. Unsere Bundestagsabgeordnete Ingrid Nestle und Valerie Wilms, die Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Europa, Frieden, Außenpolitik Mareike Rehse und der Journalist Karsten Leng diskutierten mit Delegierten über dieses Thema.

Ein weiteres Forum zur Netzpolitik wurde angeboten von Marlene Löhr (Landesvorsitzende) und Thomas Lange (KV Kiel), das Eingangsreferat hielt unser Bundestagsabgeordneter Konstantin von Notz.

Die gute Beteiligung an den Foren zeigte das Interesse der Delegierten und BesucherInnen an einer Diskussion über aktuelle politische Themen. Deshalb wollen wir die Foren nach Möglichkeit auch an den nächsten Parteitagen erneut anbieten.

# Den Schwung der Menschenkette wollen wir nutzen

## Von Eka von Kalben

Wir haben es geschafft, viele Menschen zur Kette gegen die Atomkraft am 24.4.2010 zu mobilisieren. 1.000 Menschen in 20 Grünen Bussen sind ein großartiger Erfolg.

Großartig war aber auch das Engagement vor Ort und die vielen Menschen, die sich in die Organisation einbrachten: Sie haben Streckenposten übernommen, Luftballons aufgeblasen, Flyer verteilt, Pappkraftwerke gebastelt und am Tag der Kette eine halbe Stunde ihre Armmuskeln fast überstrapaziert.

Es war eine tolle Aktion, und wir erhielten viele Rückmeldungen, dass es auch Spaß gemacht hat.

Diese Aktion hat deutlich gemacht, dass die Menschen zu mobilisieren sind. Dass wir sie für Themen, die Ihnen am Herzen liegen, begeistern können – wenn die Botschaft und die Aktionsform stimmen. Wie schön, dass am 24.4. auch noch das Wetter stimmte.

Wir danken allen Akteurinnen und Akteuren und freuen uns auf ein weiterhin kämpferisches Grünes Jahr.



Jürgen Ruge



Eka von Kalben



Valerie Wilms



Ilayda von Münchhausen





taliesin morquefle.de

*Wir Grüne müssen jetzt ein neues Miteinander der Generationen entwickeln, und die aktive Gestaltung des demografischen Wandels in allen Entscheidungen verankern – für eine generationengerechte Grüne Politik*

## Miteinander der Generationen gestalten

*Von Regine Wilms und Gisela Schulz*

*Sprecherinnen der Landesarbeitsgemeinschaft Demographie*

Die Gesellschaft schrumpft, die Bevölkerung altert, wir können das nicht aufhalten. Die Kommunen beginnen damit, das Thema in lokalen Entwicklungsstrategien zu berücksichtigen.

Wir Grüne müssen daher jetzt ein neues Miteinander der Generationen entwickeln und die aktive Gestaltung des demografischen Wandels in allen Entscheidungen verankern – für eine generationengerechte Grüne Politik.

Verwaltungsstrukturen, Sozialplanung und Controlling müssen eingebettet sein in einen Austauschprozess, der auf Landesebene initiiert und moderiert wird. Es müssen Zielvorgaben erarbeitet, Verantwortlichkeiten festgelegt und die Umsetzung evaluiert werden.

Welche Grundversorgung mit technischer Infrastruktur, Bildung, Kultur und Wirtschaft wird gebraucht? Stadt und Land, Wachstumsregionen und verlassene Landstriche lassen sich nicht über einen Kamm scheren. Wir brauchen ein neues Leitbild für die Kommunen. Qualität und Nachhaltigkeit statt einfach nur Wachstum, so muss die Devise lauten. Zu kleine Kommunen werden künftig mit den Kosten für die Infrastruktur bei einer gleichzeitig schrumpfenden und älter werdenden Gesellschaft überfordert sein.

---

### Debatte zum Thema Heimat

In der letzten Grünen Welle haben wir Euch zur Debatte eingeladen zum Thema Heimat. Ein Beitrag ist bei uns eingegangen, den Ihr im Netz findet.

Schleswig-Holstein entwickelt sich zu einem Erholungsland und Wohnort für viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger aus ganz Deutschland. Das kann eine wirtschaftliche Chance sein. Auf der anderen Seite muss es aber auch gelingen, für Familien mit Kindern Arbeitsangebote und passende Kinderbetreuung zu schaffen.

Der demografische Wandel erfordert eine andere Daseinsvorsorge und zwingt zu Reformen. Den Wandel können Land, Regionen und Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nur gemeinsam gestalten und bewältigen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Demographie sieht ihre Aufgabe darin, die eben skizzierten politischen Anforderungen inhaltlich weiter zu denken und Konzepte zur Umsetzung und Handlungsoptionen zu entwickeln. Wir wollen für das politische Handeln ein Controlling erarbeiten. Das machen wir jetzt exemplarisch an Hand des neuen Landesentwicklungsplans. Nach unserer Einschätzung sind darin die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur und die damit veränderten Anforderungen an die Daseinsvorsorge nicht ausreichend berücksichtigt worden. Ein unkoordiniertes, vorrangig wirtschaftlich ausgerichtetes Wachstum und eine zunehmende Zersiedelung sind nicht nachhaltig.

Wir freuen uns über alle, die in der LAG Demographie mitdenken wollen.

Wir freuen uns sehr über weitere Beiträge zu diesem Thema, aber auch zu anderen Artikeln. Lasst uns die Möglichkeiten des Netzes nutzen und auch zwischen den Parteitagungen in den Dialog kommen.

 Mehr Infos: [www.sh.gruene.de](http://www.sh.gruene.de)

## Bürgerliches Trauerspiel, nicht griechische Tragödie

Von Robert Habeck

Ist Schleswig-Holstein gleich Griechenland? Pleite, bankrott und drohen ihm soziale Unruhen? Die Antwort ist Nein. Kiel ist nicht Athen, und das bürgerliche Trauerspiel keine attische Tragödie. Hier hat die Politik noch die Möglichkeit, sich für gerechte Reformen zu entscheiden, die gerade nicht die Zukunftsfelder der Gesellschaft ruinieren. Zu Panik und

Katastrophenszenarien besteht also kein Anlass, dafür um so mehr für eine verantwortliche Politik. Die bedeutet zu allererst, eine ehrliche Analyse vorzulegen (auch das wurde in Griechenland versäumt, bzw. mit Absicht umgangen, wobei sich die Frage aufdrängt, wie funktionsfähig eine europäische Regulierung ist, wenn sie sich so einfach umgehen lässt).

Da die schwarz-gelbe Landesregierung genau diese Bestandsanalyse bislang verweigerte, haben wir als Grüne Landtagsfraktion uns an sie gemacht. Für eine Opposition ist das ein ungewöhnlicher Schritt, sind wir doch bewusst das Risiko eingegangen, uns angreifbar zu machen. Aber wir setzen damit die Linie eines ungewöhnlichen Wahlkampfes und auch der Arbeit der letzten Legislatur fort: Opposition nicht nur als Maulen und Nein sagen zu verstehen, sondern als konzeptionelles Stellen der Regierung. Mag sein, dass wir so nicht den Populismus-Pokal gewinnen, vielleicht aber doch an Zustimmung insgesamt. Letztlich jedoch ist das Schielen auf Zustimmung in dieser Situation sowieso kein guter Ratgeber.

Bei jährlichen Nettoausgaben in Höhe von zirka neun Milliarden Euro beträgt der Schuldenstand des Landes Schleswig-Holstein Ende 2010 mehr als 25 Milliarden Euro. Das Land gibt jedes Jahr 1,25 Milliarden Euro mehr aus als es einnimmt. Nach der Schuldenbremse muss dieses Defizit bis

2020 in 10er-Schritten von jeweils 125 Milliarden Euro pro Jahr zurückgefahren werden. Anders als die Landesregierung haben wir nicht bei den freiwilligen, kulturellen und sozialen Leistungen angesetzt, sondern bei den Strukturen des Landes und der Verwaltung. So können wir durch Einsparungen und Mehreinnahmen 640 Millionen Euro in zehn Jahren erwirtschaften. Aber gleichzeitig wollen, ja müssen wir 350 Millionen Euro in Bildung und Klimaschutz investieren. Also bleibt eine Einsparsumme von 340 Millionen Euro, etwa ein Drittel der für die Einhaltung der Schuldenbremse erforderlichen Summe. Fazit: So viele Verbände und Einrichtungen kann man gar nicht schließen, um die Schuldenbremse einzuhalten. Also müssen wir über Einnahmeerhöhungen reden. Wir brauchen eine stärkere Heranziehung großer privater Vermögen zur Bewältigung der Krise, und einen Altschuldenfonds, der die Verpflichtungen aus Ländern und Kommunen bündelt, damit die Politik wieder gestalten kann.






Rechenschaftsbericht der Grünen Landtagsfraktion  
Download unter [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

► Mehr Infos: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)



# Aktiv gegen Nazis!

-  Rechtsextreme Strukturen erkennen
-  Gegenbewegung vernetzen
-  Solidarisch handeln

Am 2. & 3. Juli 2010, Uni Lüneburg

Anmeldung und Informationen unter: [www.aktiv-gegen-nazis.org](http://www.aktiv-gegen-nazis.org)



## Dem Rechtsextremismus den Kampf ansagen

*Von Luise Amtsberg*

Der Kampf gegen Rechts ist für uns Grüne eine essentielle Aufgabe. Ideologisierte Debatten zu führen, Links- und Rechtsextremismus in einen Topf zu werfen oder, wie Schwarz-Gelb es tut, darüber nachzudenken, die Mittel für den Kampf gegen Nazis auf alle Extremismusformen zu verteilen, ist einfach unerträglich. Vor dem Hintergrund steigender Zahlen rechts motivierter Kriminalität ist dies die vollkommen falsche Strategie.

„Autonome Rechte“ prägen laut Verfassungsschutzbericht 2009 das neue Bild der Neonaziszene in Schleswig-Holstein. Wie der kürzlich erschienene Bericht deutlich macht, handelt es sich hierbei um eine neue rechte Strömung. Sie agiert in ihrer Erscheinungsform sehr viel aktionistischer und weit weniger kalkulierbar. Umso wichtiger ist es, das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts zu stärken und auf wirkungsvolle gesamtgesellschaftliche Handlungskonzepte zu setzen.

Neonazis organisieren sich nicht nur innerhalb der Landes- und Bundesgrenzen. Deswegen veranstalten wir, das sind meine junggrünen Kollegen Jan Philipp Albrecht (MdEP), Sven-Christian Kindler (MdB), Helge Limburg (MdL Niedersachsen) und ich, gemeinsam einen norddeutschen Kongress gegen Rechtsextremismus. Ziel des Kongresses ist es, in verschiedenen Workshops den norddeutschen Rechtsextremismus theoretisch-analytisch zu beleuchten und Gegenstrategien zu entwickeln.

Wir dürfen den Neonazis nicht die Deutungshoheit über gesellschaftliche Fragen überlassen. Wir müssen ihrer menschenverachtenden Ideologie etwas entgegensetzen und ihren „bürgerlichen“ Schein enttarnen. Interessierte und Aktive sind herzlich willkommen, am Kongress teilzunehmen, zuzuhören oder mitzumachen.

 Weitere Infos unter: [www.aktiv-gegen-nazis.org](http://www.aktiv-gegen-nazis.org)

## Buchladen Zapata braucht neue Scheiben

*Von Luise Amtsberg*

In den vergangenen Monaten haben sich die rechten Übergriffe auf alternative und antifaschistische Einrichtungen gemehrt. Betroffen ist auch der linksalternative Buchladen Zapata in Kiel. In regelmäßigen Abständen werfen rechte Randalierer hier die Scheiben ein. Zapata, ein Buchladen der fest zur Literaturszene in Kiel gehört, ist kaum in der Lage, die Kosten für die ständigen Reparaturen zu tragen. Nun ruft der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel zu einer

Spendenaktion auf. Zapata soll endlich Gitter und bruchsi-  
chere Scheiben bekommen.

Ich bitte euch, an der Spendenaktion teilzunehmen.  
Runder Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel  
Fördesparkasse  
Kontonummer: 1000 8633 71  
Bankleitzahl: 210 50170  
Stichwort: ZAPATA

# Töten ohne Sinn und Verstand: Schwarz-Gelb erlaubt weiter Jagd auf Mauswiesel, Saatgänse, Blässhühner und Möwen

Von Marlies Fritzen

Still und heimlich hat die Landesregierung die umstrittene Landesjagdzeitenverordnung um fünf Jahre verlängert. Offenbar fürchtet sie die öffentliche Debatte und dies zu Recht, denn sie erlaubt das Töten ohne Sinn und Verstand.

In der Verordnung werden die Jagdzeiten selbst für geschützte und vom Aussterben bedrohte Tiere wie Baumarder, Iltis, Rebhuhn und Sturmmöwe ausgeweitet. Der Jagd- und Artenschutzbericht für die Saison 2008/2009 belegt, dass 2.260 Iltisse, 371 Rebhühner und 187 Sturmmöwen „zur Strecke gebracht“ wurden. Iltisse und Sturmmöwen stehen auf der Vorwarnliste der gefährdeten Arten, Rebhühner gelten als gefährdet.

Die Landesregierung nennt keinen vernünftigen Grund für die Jagd auf gefährdete Arten, und kennt auch keine Zahlen über deren Auswirkung auf die Bestände. Die Landesregierung ignoriert darüber hinaus das Risiko des versehentlichen Abschusses seltener und bedrohter Tierarten. Der geschützte Singschwan ist nicht immer sicher vom Höckerschwan zu unterscheiden, die bedrohte Waldsaatgans sieht der gewöhn-

lichen Saatgans ähnlich. Wegen dieser Verwechslungsgefahr gab es für Arten wie die Saatgans eine ganzjährige Schonzeit. Schwarz-Rot hat sie 2005 aufgehoben, Schwarz-Gelb verlängert diese unverantwortliche Jagdpraxis nun.

Welchen ökologischen Sinn die Tötung von Mauswieseln macht, kann die Landesregierung nicht sagen. Dennoch wurden in der letzten Saison 270 von ihnen erlegt, ebenso



473 Höckerschwäne, 874 Blässhühner, 5.325 Elstern, 21.381 Rabenkrähen. Kein Mensch isst Höckerschwäne oder Elstern, niemand näht sich einen Mantel aus dem Fell von Mauswieseln. Wozu also müssen sie bejagt werden? Die Antwort darauf bleibt die Landesregierung schuldig.

## Die Förderung für den ländlichen Raum auf Umwelt und Beschäftigung ausrichten

Von Bernd Voß

Über die Finanzplanung ab 2013 wird derzeit intensiv auf allen Ebenen diskutiert und gerungen. Der Agrarhaushalt umfasst aktuell in der EU fast 60 Milliarden Euro. Davon fließen jährlich über 400 Millionen nach Schleswig-Holstein. Zirka zwei Drittel gehen als Direktzahlungen an die Betriebe, der Rest geht an verschiedene Umweltprogramme, den Ökolandbau sowie Programme zur ländlichen Entwicklung. Dahinter verbergen sich aber auch viele zu kritisierende Maßnahmen wie beispielsweise Exportsubventionen.

Wir Grünen im Landtag haben einen Antrag erarbeitet, damit die Förderung des ländlichen Raumes künftig zu 100 Prozent ausgerichtet wird an den Zielen Klimaschutz, Biodiversität, Gewässerschutz, der Produktion von erneuerbaren Energien

sowie der Beschäftigung. Die Regierungskoalition lehnte in bewährter Manier jede Debatte über Mittelverwendung und Ziele ab und verhinderte eine Anhörung. Ihr mit Regierungsmehrheit angenommener Gegenantrag beinhaltete nur ein „Weiter so“. Billigerzeugung und Weltmarktoffensiven (z.B. Milch) – dafür setzt sich die Landesregierung ein.

Politikgestaltung kann nicht nur auf die Gewährung von Fördermitteln reduziert werden. Wir brauchen auch faire Regeln für die Märkte und die Erzeugung. Mit diesen Forderungen stehen wir nicht allein – vor kurzem erst hat ein breites Bündnis aus 28 deutschen Verbänden – aus der Entwicklungspolitik, dem Umwelt- und Tierschutz, den Kirchen, dem Verbraucherschutz und zukunftsorientierten Bauernorganisationen – genau diese Forderungen in einem gemeinsamen Positionspapier unterstützt.

[▶ Zu beziehen unter: www.bernd-voss.info](http://www.bernd-voss.info)

# An einen Schirm für die HSH Nordbank hatte niemand gedacht

Von *Thorsten Förter*

„Der Himmel über der HSH Nordbank war blau. Optimismus allerorten, die Sonne strahlte. Bis das schlechte Wetter kam. An einen Schirm hatte niemand gedacht“, so kann man die Geschäftspolitik der HSH Nordbank zusammenfassen. Unmittelbar nach der Neuwahl hat der Landtag die Fortsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschlossen.

Als Landtagsneuling fiel mir die Rolle zu, die Grünen im Ausschuss zu vertreten. Eine spannende Aufgabe. Schon zeichnen sich erste Ergebnisse ab:

-> Die Krise, die die HSH Nordbank an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachte, hätte verhindert werden können. Ein Grundsatz im Finanzwesen besagt: Je höher die Rendite, desto höher das Risiko. Finanzmarktkrisen sind kein Akt

„höherer Gewalt“. Eine Bank muss so arbeiten, dass ein plötzlicher Absturz der Märkte sie nicht in Schieflage bringt. In der HSH Nordbank ging leider zunehmend das Risikobewusstsein verloren.

-> Öffentlichkeit und Parlament wurden von der Landesregierung über die Schieflage der Bank getäuscht. Bereits gegen Ende 2007 – noch vor der Lehman-Pleite – war die Schieflage der Bank offenkundig. Das Geschäftsmodell stand in Frage, das wusste auch Finanzminister Wiegard. Es wurde aber bis Mitte 2008 vor der Öffentlichkeit verborgen gehalten. Eine bewusste Täuschung seitens der Landesregierung.

Eine ausführliche Zwischenbilanz gibt es auf den Fraktionsseiten. Ich komme gerne in Kreis- und Ortsverbände, um über Lehren aus der Finanzmarktkrise mit euch zu diskutieren.

## Grüne auf der New Energy in Husum

Von *Detlef Matthiessen*

Erstmals sind Grüne Landtags- und Bundestagsfraktion zusammen mit einem eigenen Stand auf einer Messe vertreten. Und wo? Ist doch klar: Auf der „New Energy“ in Husum! Unter dem Titel „GRÜNE: Die Energiepartei“ ist unser Auftritt ein voller Erfolg. Es muss Material nachgeliefert werden, so groß ist der Andrang bei den Grünen. Im Mittelpunkt der Messe stehen kleine Windkraftanlagen und unübersehbar, der Publikumsmagnet: Elektromobile. Ein umgebauter E-Porsche zeigt, was alles möglich ist.

### Warum sind Elektromobile eigentlich „ökologisch“?

Verbrennungsmotoren nutzen weniger als 30 Prozent der Energie, Elektromotoren über 80 Prozent. Wenn Strom in Zukunft immer mehr oder vollständig aus erneuerbaren Energien kommt, wird das mobile Leben klimafreundlicher. Die Probleme Verknappung von Rohstoffen und Treibhausgas treten in den Hintergrund. Netztechnisch passt E-Mobilität hervorragend in die Stromzukunft. Schon heute führt ein großes Angebot an Regenerativstrom mitunter zu negativen Preisen an der Börse.



Prominentes Gedrängel am grünen Stand (von links nach rechts): Marlene Lühr, Ingrid Nestle, Irene Fröhlich, Dr. Valerie Wilms, Willi Voigt, Detlef Matthiessen, Bernd Voß, Dr. Andreas Tietze und Karl-Martin Hentschel

Wir Grüne stellen im Landtag Anträge für ein E-Mobilitätskonzept Schleswig-Holstein und zur Markteinführung kleiner Windkraftanlagen.

# berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

Juni 2010

## Neu bewegen

Von Valerie Wilms

**Von Elektroautos wird schon seit über hundert Jahren geredet – jetzt haben sie auch eine realistische Chance.**

1900 präsentierte Ferdinand Porsche auf der Weltausstellung seinen elektrischen Lohner-Porsche. Von 1992 bis 1995 fuhren auf Rügen BMW, Mercedes, Opel und VW etwa 1,3 Millionen Testkilometer – mit reinem Elektroantrieb. 1996 gab es sogar einen Testversuch mit über Tausend ausgelieferten GM EV1 in den USA. Alle diese Projekte liefen ins Leere: Der Test auf Rügen wurden folgenlos beendet, alle EV1 verschrottet. Geblieben sind nur ein paar Taxis und Transporter auf Helgoland.

Und jetzt soll mit einem mal alles anders sein? Ja und nein. Ja, wenn wir mit Elektroautos eine neue Mobilität begründen und konsequent auf Erneuerbare Energien setzen. Nein, wenn wir weiter einer Illusion anhängen: Mobilität bedeutet nicht, 80 Kilo Mensch mit 150 PS und zwei Tonnen Gewicht 500 und mehr Kilometer am Stück zu bewegen. Wer diese Idee weiter verfolgt, wird scheitern.

Elektromobilität kann nur dann ein echter Beitrag zum Klimaschutz sein, wenn wir auf ein ganzes Paket setzen, bei dem sich die Stärken der verschiedensten Verkehrsträger ergänzen. Hierzu gehören Pedelecs, öffentliche Mieträder, Hybridbusse, eine voll elektrifizierte Bahn – und schließlich auch PKWs, bei denen es jedoch nicht auf den Elektromotor als

Antrieb, sondern auf den geringsten und klimaschonendsten Gesamtverbrauch ankommt.

Die Chancen für den Durchbruch der Elektromobilität sind da – weil sich das postfossile Zeitalter täglich stärker auf den Preistafeln der Tankstellen ankündigt und die technischen Möglichkeiten immer ausgereifter sind. Die eingesetzten Mittel der Bundesregierung sind bisher zu gering und zu inkonsequent – und die Frage bleibt offen, ob die deutschen Autobauer wirklich verstanden haben, dass die mobile Zukunft nicht der Cayenne mit Hybridantrieb ist. Die Mittel und Möglichkeiten zu einem echten Durchbruch sind da – es wird uns Grüne

brauchen, damit nicht wieder auf halben Wege stehen geblieben wird.

### **Mehr zum Thema:**

[www.valerie-wilms.de](http://www.valerie-wilms.de) -> Verkehr

#### **Wahlkreisbüro**

Heinrich F. Kut  
Damm 48, 25421 Pinneberg  
Telefon 04101 - 55 39 85  
Telefax 04101 - 55 39 86  
[valerie.wilms@wk.bundestag.de](mailto:valerie.wilms@wk.bundestag.de)

#### **Bundestagsbüro**

Matthias Schröder  
Lucia Dietlmeier  
Margret Wurm  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon 030 - 227 7 16 82  
Telefax 030 - 227 7 62 89  
[valerie.wilms@bundestag.de](mailto:valerie.wilms@bundestag.de)

 [www.valerie-wilms.de](http://www.valerie-wilms.de)



Bild: Random-HH | www.pixelode

# Schwarz-gelbes Energiedebakel

Von Ingrid Nestle

Trotz der gigantischen Menschenkette im April ist die schwarz-gelbe Bundesregierung ihrem Atomkurs treu geblieben. Ob beim Marktanzreizprogramm, beim Effizienzgesetz oder bei dem Ziel 100% Erneuerbare Energien zu erreichen: Jede Entscheidung fiel im Sinne einer Laufzeitverlängerung.

## Schwarz-Gelb gefährdet 80 Millionen Euro Investitionen in Schleswig-Holstein

Durch die Haushaltssperre von 115 Millionen Euro beim Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien (MAP) blockiert die schwarz-gelbe Bundesregierung Investitionen in die Zukunft. Das MAP hat in Schleswig-Holstein 2009 circa 80 Millionen Euro Investitionen in den Zukunftsmarkt Erneuerbare Energien ausgelöst. Doch dieser Schub wird nun durch die Bundesregierung ausgebremst. Gemeinsam mit zahlreichen Akteuren des Handwerks, der Wirtschaft, der Kirchen und den Verbänden kämpfen wir für die Klimaschutz-Gelder. Durch das Einfrieren der MAP-Mittel beweist die Bundesregierung erneut, dass sie weder ökologische noch ökonomische Kompetenz hat.

## Effizienzgesetz der Bundesregierung: Zahnloser Tiger

Mit dem jetzt vorliegenden Entwurf eines Energieeffizienzgesetzes lässt die Regierung ihr eigenes Klimaschutzgebäude in sich zusammenbrechen. Von zielführenden Maßnahmen ist in dem Entwurf keine Spur zu finden. Kernstück des Gesetzes ist, dass die Verbraucher einmal im Jahr auf ihrer Stromrechnung einen Hinweis auf eine Internetseite bekommen – auf der sich eine Liste von Anbietern von Energiedienstleistungen befindet. Das ist eine Schnitzeljagd, aber kein Energieeffizienzgesetz.



Voller Erfolg: Die Menschenkette gegen Atomkraft am 24. April 2010

Minister Brüderle will Effizienz-Weltmeister sein. So schafft er nicht einmal die Vorrunde. Unser Antrag (Drs. 17/1027) zeigt, wie ein Effizienzgesetz aussehen kann.

## SRU stellt wegweisendes Gutachten zu 100% Erneuerbare Energien im Umweltausschuss vor

„Deutschland kann im Jahr 2050 zu 100% klimaschonend mit Strom aus Erneuerbaren Energien versorgt werden.“ Das erklärte der Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), Prof. Dr. Martin Faulstich.

Das Gutachten enthält eine Reihe von Szenarien, die deutlich machen, dass selbst eine rein nationale Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien möglich ist. Einfacher und kostengünstiger ist ein Stromaustausch mit Nachbarländern und Regionen. So kann z. B. Norwegen zeitweise Stromüberschüsse aus Windenergie aufnehmen und dann Strom aus Wasserkraft zur Verfügung stellen, wenn hierzulande mal kein Wind weht.

Bemerkenswert waren die Aussagen von Prof. Faulstich, dem Vorsitzenden des

SRU: „Die Brücken Kohle und Kernkraft braucht man nicht verlängern. Die jetzigen Brücken sind völlig ausreichend.“ sowie von Prof. Hohmeyer, dem Autor des Gutachtens: „Laufzeitverlängerungen sind kontraproduktiv.“ ●

## NEU: Newsletter!

Eintragen unter [www.ingrid-nestle.de](http://www.ingrid-nestle.de) > Presse

### Wahlkreisbüro Flensburg

Ellen Kittel-Wegner  
Angelburger Str. 66, 24937 Flensburg  
Telefon 0461 - 50 53 80 13  
Telefax 0461 - 50 53 80 14  
[ingrid.nestle@wk.bundestag.de](mailto:ingrid.nestle@wk.bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Kiel

Claudia Prehn  
Wilhelminenstr. 18, 24103 Kiel  
Telefon 0431 - 5 57 82 62  
Telefax 0431 - 5 57 82 24  
[ingrid.nestle@wk2.bundestag.de](mailto:ingrid.nestle@wk2.bundestag.de)

### Bundestagsbüro

Dagmar Kersten  
Markus Meyer  
Sarah Elze  
Elena Scheiber  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon 030 - 227 7 15 00  
Telefax 030 - 227 7 60 63  
[ingrid.nestle@bundestag.de](mailto:ingrid.nestle@bundestag.de)

 [www.ingrid-nestle.de](http://www.ingrid-nestle.de)

# Die Digitale Revolution grün gestalten!

Von Konstantin von Notz

Das Internet und die Digitalisierung beeinflussen immer stärker die Art wie wir kommunizieren, arbeiten, konsumieren und zusammenleben. Die Digitale Revolution vollzieht sich jetzt. Sie verändert unser Leben und unsere Gesellschaft nachhaltig. Sie bietet uns vielfältige Chancen, stellt uns gleichzeitig aber auch vor die Herausforderung, mit der rasanten technologischen Entwicklung Schritt zu halten. Während viele andere Parteien die Entwicklung verschlafen, nehmen wir Grünen uns diesen Herausforderungen seit langem an. Wir wollen unsere netzpolitische Kompetenz und Konzepte jetzt auch in die kürzlich gegründeten Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ im Bundestag sowie einer LAG Netzpolitik in Schleswig-Holstein einbringen.

Während konservative PolitikerInnen mit der Mär vom „rechtsfreien Raum Internet“ diffuse Ängste schürten, setzten sich die Grünen schon frühzeitig differenziert mit dem Thema Netzpolitik auseinander: Welche digitalen Chancen eröffnen sich für unsere Gesellschaft? Wie können alle NutzerInnen, ob jung oder alt, in der Stadt oder auf dem Land gleichberechtigt am Netz teilhaben? Wie gelingt es uns, unsere Privatsphäre vor staatlichen und unternehmerischen Eingriffen zu schützen und eine ebenso progressive wie freiheitliche Netzpolitik zu realisieren, die die Interessen und Rechte aller Akteure im Netz berücksichtigt und abwägt? Das sind einige der Fragen, denen wir uns in Zukunft in Berlin und in Schleswig-Holstein intensiv annehmen wollen.

Die jüngst konstituierte Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag, in der ich als Obmann die grüne Bundestagsfraktion vertrete, bietet uns die Chance eines partei- und fraktionsübergreifenden Diskurses in grundsätzlichen Fragestellungen. Die Beteiligung von zahlreichen Sachverständigen mit unterschiedlichen Hintergründen wird helfen, trag- und zukunftsfähige politische Linien

für die digitale Welt zu entwickeln. Die neue digitale Bürgerrechtsbewegung wird die anstehenden Debatten genau verfolgen und hoffentlich viel zu ihrem Gelingen beitragen. Wir Grünen verstehen uns als Teil dieser Bewegung, die sich mit großer Expertise und zunehmendem Erfolg gegen elementare Eingriffe in unsere Grundrechte wehrt, und freuen uns auf die Zusammenarbeit im Rahmen der Enquete.

Neben unserem gerade online gestellten Blog ([www.gruen-digital.de](http://www.gruen-digital.de)), wo die Arbeit der Enquete-Kommission nachvollzogen und uns Anregungen mit auf den Weg gegeben werden können, habe ich auch ein Veranstaltungsformat für Schleswig-Holstein entwickelt: Gerne komme ich in Eure Kreis- und Ortsverbände, um mit Euch im Rahmen einer Veranstaltung über Netzpolitik und die Arbeit der Enquete-Kommission zu debattieren. Besonders freut es mich, dass nun auch in unserem Landesverband eine LAG Medien und Netzpolitik gegründet werden soll. Sie bietet den Raum, netzpolitische Themen auf schleswig-holsteinische Belange runterzubrechen und die Frage zu beantworten, wie wir die digitale Revolution grün gestalten können. ●

## Aus den Büros

### Schleswig-Holstein: Regionalbüro eröffnet



Über 200 Gäste kamen zur Einweihung des Regionalbüros in Mölln

### Berlin: Team komplett

Wir freuen uns sehr, dass unser Team nun komplett ist und Nils Leopold, seines Zeichens Experte in Sachen Innenpolitik und Datenschutz, ab sofort unser Berliner Büro-Team als wissenschaftlicher Mitarbeiter unterstützt.

#### Wahlkreisbüro

Katharina Bartsch  
Marc Ziegelitz  
Hans Schneider  
Marktstraße 8, 23879 Mölln  
Telefon 04542 - 83 07 00  
Telefax 04542 - 9 85 48 86  
[konstantin.notz@wk.bundestag.de](mailto:konstantin.notz@wk.bundestag.de)

#### Bundestagsbüro

Bettina Künzel (Sachbearbeitung)  
Jörn Pohl (SH, Netzpolitik)  
Nils Leopold (Innenpolitik)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon 030 - 227 7 21 22  
Telefax 030 - 227 7 68 22  
[konstantin.notz@bundestag.de](mailto:konstantin.notz@bundestag.de)

[www.von-notz.de](http://www.von-notz.de)



We did it!

# Gewinnerinnen des Fotowettbewerbs

**Platz 1**  
Emma Langenbeck, 6 Jahre



**Platz 2**  
Claudia Jacob



**Platz 3**  
Theresia Künstler



## Landesvorsitzende laden ein zum Neumitglieder- und Interessiertentreffen während der KIELER WOCHE

Datum, Uhrzeit: 21.06.2010, 18:00  
 Ort: Landeshaus  
 Anschrift: Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel  
 Veranstalterin: Bündnis 90/ Die Grünen Landesverband Schleswig-Holstein

► **Anmeldung:** [isabel.sadewasser@gruene.de](mailto:isabel.sadewasser@gruene.de)

## Tourismus-Workshop

Landtagsfraktion, LAG Wirtschaft und LAG Kultur laden gemeinsam ein zu einem tourismuspolitischen Kongress. Samstag, 4. September, vormittags bis Sonntag, 5. September, nachmittags in der Jugendherberge in Niebüll. Kosten: 42,- Euro/p.P. inkl. Vollpension und Einzelzimmer mit Bettwäsche.

► **Anmeldung:** [kerstin.mock@sh-gruene.de](mailto:kerstin.mock@sh-gruene.de)

## Impressum

**grüne welle:** Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Wilhelminenstraße 18, 24103 Kiel, Telefon 0431-59338-0, Telefax 0431-59338-25, E-Mail: [lv.sh@gruene.de](mailto:lv.sh@gruene.de), [www.sh.gruene.de](http://www.sh.gruene.de).

**fördewind:** Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Telefon 0431-988-1500, Telefax 0431-988-1501, E-Mail: [fraktion@gruene.ltsh.de](mailto:fraktion@gruene.ltsh.de), [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**berlin-report:** Ingrid Nestle, Dr. Konstantin von Notz, Valerie Wilms, Platz der Republik 1, 10111 Berlin, Telefon 030-227-71500, Telefax 030-227-76063 (Ingrid Nestle)  
**Redaktion grüne welle + fördewind:** Claudia Jacob, **Gestaltung grüne welle + fördewind:** Bettina Aust, **Redaktion und Gestaltung berlin report:** Claudia Prehn